

Leserbrief zum „Startschuss für Strukturwandel in den Braunkohleregionen, LVZ 28.08.20“



An die Stelle von Braunkohletagebauen und Kraftwerken sollen künftig neue Straßen, Eisenbahnen oder wissenschaftliche Institute treten. Sicher ist beispielsweise die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Dresden-Zittau richtig und notwendig – aber auch ohne den Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung! Offenbar will die Bundesregierung ihren Bürgern den zweiten großen Einschnitt in die Industriestruktur nach der Wende schmackhaft machen, indem sie ihnen einige längst anstehende Wünsche erfüllt. Mindestens zwei Fragen bleiben jedoch völlig offen:

Erstens gibt es keine Klarheit darüber, wie Tausende Bergleute und Kraftwerker neue Arbeitsplätze erhalten, die ihrem Qualifikationsniveau sowie ihrem bisherigen Einkommensniveau entsprechen, und sie nicht zwingen, neue Arbeitsplätze fern ihrer Heimat zu suchen. Außer allgemeinen Versprechungen gibt es keinerlei konkrete Vorstellungen zur Lösung!

Zweitens fallen bis 2038 durch den sog. Kohleausstieg rund 20.000 MW in Braunkraftwerken und rund 25.000 MW in Steinkohlenkraftwerken weg. Wodurch sollen diese Leistungen ersetzt werden? Es ist eine Illusion, dafür Wind- und Solaranlagen einsetzen zu können, denn abgesehen davon, dass dafür nicht genügend Fläche vorhanden ist, sind diese Anlagen nicht in der Lage, ein Industrieland bedarfsgerecht zu jedem Zeitpunkt mit Elektroenergie zu versorgen. Sie müssten dann um Energiespeicher ergänzt werden, für die es hier ebenfalls keinerlei Voraussetzungen gibt. Die effektivsten großtechnischen Energiespeicher sind nach wie vor Pumpspeicherwerke. Eine Überschlagsrechnung ergab, dass man zwei- bis dreitausend (!) Pumpspeicherkraftwerke wie Goldisthal/Thür. – das größte und modernste im Land – benötigen würde, um Deutschland ausschließlich mit Elektroenergie aus Wind und Sonne versorgen zu können. Nicht einmal die topografischen Voraussetzungen hierfür gibt es! Was bleibt? Der Bau von Gaskraftwerken, vielleicht in Verbindung mit einem „Nord-Stream 3“? Damit würde man jedoch das Ziel der „Dekarbonisierung“ des Landes verfehlen, denn auch Erdgaskraftwerke emittieren das angeblich so gefährliche – tatsächlich aber lebensnotwendige – Kohlendioxid! Als weitere Möglichkeiten verbleiben der Import von Strom aus Nachbarländern, der letztlich aus Kohle- oder Kernkraftwerken kommen würde, oder der Neubau von Kernkraftwerken – fürs grüne deutsche Gemüt unvorstellbar! – Das gern gepredigte Energiesparen

sollte am Wunsch nach stärkerer Elektrifizierung des Verkehrs oder an der geplanten möglichst durchgehenden Digitalisierung gemessen werden.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, dass die bisher konzipierten Kosten von 41 Mrd. Euro nur einen Bruchteil dessen darstellen, was der „Ausstieg“ aus der Kohleverstromung tatsächlich kosten wird. Allein der Ersatz der Kraftwerksleistung – ohne Speicher und Leitungen – dürfte mehr als weitere 50 Milliarden Euro verschlingen! Und all das müssen die Bürger, zusätzlich zu den Corona-Folgekosten, mit steigenden Stromtarifen oder höheren Steuern und Abgaben bezahlen – wer sonst?

Die Prophezeiung von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff, wonach die Kohleregionen „europäische Modellregionen für Wirtschaft, Innovation und Energieversorgung der Zukunft“ sein werden (FAZ vom 27.06.20), ist angesichts der ungelösten und absehbar auch kaum lösbaren Probleme nichts als eine Schimäre!

Dr. rer. oec., Ing. Dietmar Ufer

Grünwaldstr. 1

04103 Leipzig